

# Flüchtlinge in Lübeck – zwischen Abschiebung und Deutschkurs

Land lädt Mittwoch zum Flüchtlingsgipfel – So ist die Lage in der Stadt: Notunterkünfte sind weitgehend geräumt – Spenden fließen weiter – 282 sind freiwillig ausgeweicht

Von Kai Dordowsky

**Lübeck.** Stefan H. Schenk wuchtet eines der schweren Tore von Schuppen F auf. In dem riesigen Hafenschuppen auf der Nördlichen Wallhalbinsel stapeln sich in den Regalen zahllose Kartons, in denen sich Kleidung, Schuhe und Wäsche befinden. Griff- und abholbereit, sobald eine Organisation, die Flüchtlinge betreut, Bedarf anmeldet. Seit über einem Jahr managt die „Flüchtlingshilfe Lübeck“ das Zentrallager für Sachspenden. Bis Ende nächsten Jahres hat der Verein den Schuppen gemietet. Der Vorstandsvorsitzende Schenk ist sicher, dass die Flüchtlingshilfe noch viele Jahre gebraucht wird.

Und doch ist etwas anders als vor einem Jahr: Damals mussten Schenk und seine vielen ehrenamtlichen Helfer von jetzt auf gleich Kleidungs Spenden zusammenstellen, weil die Transitflüchtlinge in der Walli, die Asylbewerber im früheren Praktiker-Baumarkt oder auf dem Volksfestplatz versorgt werden mussten. Die Erstaufnahme auf dem Volksfestplatz ist seit 22. August dicht. Der Baumarkt ist geräumt. „Wir beliefern die 46 Gemeinschaftsunterkünfte der Stadt“, erklärt Schenk, „die schicken

uns Listen, was sie brauchen. Auch die Kleiderkammer der Gemeindediakonie bekommt eine Menge von uns.“ Winter- und Sportbekleidung sind weiterhin stark nachgefragt. Viele Flüchtlinge aber benötigen mittlerweile Küchenutensilien, Kinderwagen und Kinderfahrzeuge. Das zeigt: Die Zeiten, als immer mehr Menschen erst einmal mit dem Nötigsten versorgt werden mussten, sind vorbei. Jetzt geht es um die, die schon länger hier sind.

Über 2000 Menschen leben in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften. Von den 450 Personen, die zu Jahresbeginn in Notbehausungen untergebracht waren, sind fast alle in die Gemeinschaftsunter-

künfte umgezogen. Nur 44 leben noch in der letzten Notunterkunft, der Sporthalle im Ratekauer Weg. Diese Flüchtlinge ziehen in Lübecks größte Unterkunft (363 Plätze) in der Travemünder Ostseestraße um, die laut Sozialsenator Sven Schindler (SPD) ab Mitte Januar bezugsfertig ist. Auch die neuen Unterkünfte im Schärenweg (Bornkamp) sowie im Polarisweg (St. Hubertus) sind bislang mit 70 beziehungsweise 75 Prozent Auslastung nicht voll belegt. Grund: Die Zahl der Flüchtlinge, die der Hansestadt vom Land neu zugewiesen werden, ist seit Monaten stark rückläufig. Im September kamen 45 Asylsuchende, im Oktober waren es 47. Zum Vergleich: Im November und Dezember vergangenen Jahres standen jeweils 500 vor der Tür.

Auf dem Flüchtlingsgipfel des Landes am Mittwoch in der Musik- und Kongresshalle (MuK) steht die Integration im Vordergrund. Bei der Sprachförderung bezeichnet sich Lübeck als bundesweiter Vorreiter. Denn hier erhalten Flüchtlinge, die keine Kurse des Bundes bekommen, Kurse von der Volkshochschule. Finanziert von der Possehl-Stiftung. „Wir haben im Laufe

des Jahres 850 bis 900 Teilnehmer verzeichnet“, sagt VHS-Leiterin Christiane Wiebe.

Es gibt auch die Kehrseite der Integration: Seit Jahresbeginn forciert die Stadt die Ausweisung von Flüchtlingen, die kein Aufenthaltsrecht haben. Heike Behrens vom Flüchtlingsforum Lübeck berichtet, dass vor allem unter afghanischen Schutzsuchenden große Verunsicherung herrsche. „Von Januar bis Oktober wurden 56 Abschiebungen durchgeführt“, sagt Bürgermeister Bernd Saxe (SPD), der lieber auf Freiwilligkeit setzt: 282 Menschen seien in den letzten zehn Monaten ohne Zwang gegangen.

## 200 Flüchtlinge

gelten als untergetaucht

**495** Gespräche haben die Mitarbeiter der Ausländerbehörde von Januar bis Oktober mit Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltstitel geführt, um diese von einer freiwilligen Ausreise zu überzeugen. 282 sind gegangen. Sechs Sachbearbeiter sind damit beschäftigt. Die Internationale Organisation für Migration zahlt freiwillig Ausreisenden bis zu 1000 Euro.

**200** Flüchtlinge gelten nach Angaben der Verwaltung als untergetaucht, weil den Behörden der Aufenthalt unbekannt ist.

**56** Personen wurden von Januar bis Oktober abgeschoben, 50 Abschiebungen scheiterten, weitere 19 Abschiebungen sind geplant.

**Die Freiwilligenagentur ePunkt** ist jetzt Koordinierungsstelle für Flüchtlingshelfer. Das Land finanziert ePunkt zwei Stellen. Drei Mitarbeiterinnen knüpfen Kontakte zwischen Flüchtlingen und ehrenamtlichen Initiativen.